



## Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Schule und Weiterbildung	30.08.2010	
Ausschuss Soziales und Senioren	02.09.2010	
Jugendhilfeausschuss	07.09.2010	
Gesundheitsausschuss	07.09.2010	

Anlass:

Mitteilung der Verwaltung

Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung

Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

### Angebot der Kinder- und Jugendpsychiatrie

**hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 11.03.2010, gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates (AN/0526/2010)**

In der Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung am 10.05.2010 wurden folgende ergänzenden Fragen zur Verwaltungsmitteilung aufgrund der CDU-Anfrage (AN/0526/2010) vom 11.03.2010 gestellt.

Herr Dr. Schlieben bittet die Verwaltung um Information, ob die auf Seite 3 der Vorlage genannten Zahlen auf das gesamte Kölner Stadtgebiet angewendet werden können:

#### Stellungnahme der Verwaltung:

Es gibt keine Daten die spezifisch die Kölner Verhältnisse abbilden. Die Gewinnung solcher sehr persönlicher und somit sehr sensiblen Daten zur seelischen Gesundheit stellt allgemein ein besonderes u.a. auch datenschutzrechtliches Problem dar.

Die wissenschaftlich fundierte, repräsentative BELLA- Studie wurde im Auftrag der Bundesregierung durchgeführt, um valide Daten zur seelischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland zu erhalten. Die Ergebnisse stimmen mit denen aller wesentlichen (nationalen und internationalen) Studien überein. Eine Übertragung der in der BELLA-Studie ermittelten Auftretenshäufigkeiten auf das gesamte Kölner Stadtgebiet ist somit vertretbar.

Herr Dr. Zimmermann bittet die Verwaltung um Konkretisierung der in der Vorlage genannten Perspektiven:

Stellungnahme der Verwaltung:

Konkretere Perspektiven für die Zukunft lassen sich aufgrund der Vielzahl der Einflussfaktoren nicht mit Sicherheit vorhersagen. Es ist davon auszugehen, dass die Anzahl manifester psychischer Störungen bei Kindern und Jugendlichen auch in Zukunft weiter steigen wird.

Die Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume der Stadt Köln bei der ambulanten wie auch der stationären Versorgung sind neben der (fehlenden) Zuständigkeit nicht zuletzt durch die aktuelle äußerst schwierige Haushaltslage begrenzt, trotzdem nimmt die Stadt Köln ihre Verantwortung in diesem Bereich sehr ernst, wie die Fortführung der Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beratungsstelle des Gesundheitsamtes bis Ende 2010 und die anstehende Diskussion um die Weiterführung ab 2011 im Rahmen der Stellen und Haushaltsplanberatungen 2010/2011 zeigt.

gez. Dr. Klein